

Presseinformation

13. Mai 2025

Strafen für Integrationsunwillige Eltern - LH Mikl-Leitner begrüßt Tätigwerden des Bundes

Rasche Umsetzung wichtig

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner begrüßt die Ankündigung von Bildungsminister Christoph Wiederkehr, mit den „Vorarbeiten“ für Strafen für integrationsunwillige Eltern zu starten.

„Seit Monaten fordern wir in Niederösterreich Strafen für Eltern, die keinen Beitrag zur Integration ihrer Kinder leisten wollen. Kürzlich haben wir diese Strafen für integrationsunwillige Eltern im Kindergarten im niederösterreichischen Landtag beschlossen. Und ich freue mich über das große Interesse des Bildungsministers an unserem niederösterreichischen Modell für die Mitwirkungspflicht der Eltern. Denn wir brauchen den Bund, um die Mitwirkungspflicht auch in der Schule zu verschärfen. In Niederösterreich sind wir gerne Vorreiter, wenn es darum geht, Null Toleranz gegenüber Integrationsverweigerern zu zeigen. Und ich sage es auch ganz deutlich: Wir werden das Verhalten von Vätern, die Pädagoginnen nicht die Hand geben wollen oder ihren Töchtern die Teilnahme am Schwimmunterricht verbieten, nicht tolerieren. Und dabei ist auch klar: Da helfen keine Sesselkreise, da braucht es Strafen von bis zu 2.500 Euro und das so rasch wie möglich. Ich hoffe daher im Sinne der Kinder und des Lehrpersonals, dass das Bildungsministerium besser früher als später unsere Vorschläge umsetzt.“

„Unser Ziel ist ein positives Schulklima, in dem die Rechte der Lehrkräfte gewahrt bleiben und gelebte Integration selbstverständlich ist“, unterstreicht Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister. „Mit dieser Initiative setzt Niederösterreich ein klares Zeichen für die Stärkung des Bildungsstandorts und übernimmt erneut eine Vorreiterrolle in der Entwicklung eines zukunftsorientierten und wertebasierten Schulwesens. Wir stehen fest an der Seite von Schülerinnen und Schülern sowie Pädagoginnen und Pädagogen.“